

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931

98 (18.8.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887313](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887313)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unvorhergesehenen Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: S. Zirt. Druck und Verlag von S. Zirt.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Postgebühren. Einschaltungspreis: Die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reflektanzzeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließjahr 17

Nr. 90

Nr. 98

Elsfleth, Dienstag, den 18. August

1931

Chronik des Tages.

Reichsanwalt Dr. Brüning gewährte dem Chefredakteur der „Daily Mail“ eine Unterredung über die weitere Entwicklung Europas zu einer gemeinsamen Abwehr der aus dem Krisenwinter drohenden Gefahren auf.
Unter Beteiligung von 19 Maschinen wurde während des Wochenendes der Deutschlandflug 1931, das erste Luftreisen, durchgeführt.
Die Aufstellungsarbeiten bei Niterrog sind beendet. Die amtliche umgeleitete Devisenlage sind wieder ausgerichtet worden. Unter den Wagen wurde eine Schreibmaschine ankommen.
Von den Vertretern Indiens, die zur Teilnahme der Konferenz am Runden Tisch eingeladen worden sind, haben sich 27, unter ihnen Sapru, zur Reise nach England eingeschifft.

Die Not der Städte.

Präsident Dr. Gerekte legt die Auffassung der Landgemeinden dar.
Die Sanierungsmaßnahmen des Deutschen Städtetags, die die Spitzenorganisation der Großstädte, die dieser Tage der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden und die dringliche Ausgabendroffnungen im Schulwesen, in der Bauwirtschaft, in der Wohlfahrtsfürsorge, in der Landwirtschaft und im Personalrat vorsehen, zeigen, in welcher kritischen Situation sich gegenwärtig die deutsche Selbstverwaltung befindet und daß hier einschneidende Maßnahmen nicht zu umgehen sind. Die Spitzenorganisationen der Städte, die in der Zwischenzeit entstanden sind, sind die mittleren und kleineren Städte umfasst, der Landgemeinden und der Landkreise, selbst bei optimistischer Schätzung, wie er sich ausdrückt, unter der gegenwärtigen Situation höchstens bis zum Herbst durchhalten könne; dann aber wäre vielfach der Zusammenbruch unvermeidlich.

Ueber die Auffassung der Landgemeinden gibt bereits im Vortrag des Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, Dr. Gerekte, Prof. Dr. Gerekte, einige Aufschlüsse. Präsident Dr. Gerekte weist zunächst darauf hin, daß der größte Teil der Landgemeinden und der Landkreise, selbst bei optimistischer Schätzung, wie er sich ausdrückt, unter der gegenwärtigen Situation höchstens bis zum Herbst durchhalten könne; dann aber wäre vielfach der Zusammenbruch unvermeidlich.

Daß sich in einer solchen Lage die Gemeinden energisch zur Wehr setzen und um ihre Existenz kämpfen, sei verständlich. Ohne Beteiligung des Reiches und der Länder, insbesondere an den Wohlfahrtslasten der Gemeinden, sei keine Rettung möglich. Wenn man aber einen Ausweg aus der jetzigen katastrophalen Lage finden wolle, so müsse man mit derselben Offenheit und Rücksichtlosigkeit, mit der man harte einschneidende Maßnahmen für die Zukunft vornehme, sich klar über die Fehler und Mängel der Vergangenheit sein. So sehr augenblicklich die Mängel der Gemeinden für die Wohlfahrtsverworsolen die Sanierung der Gemeindefinanzen unmöglich machen, so wenig könne von großstädtlicher Seite behauptet werden, als sei der Fehlbetrag bei unieren großen Städten ausschließlich auf den Mehraufwand für die gemeindliche Wohlfahrtsverworsolen zurückzuführen. Im Interesse der Wahrheit und um zu verhindern, daß die notwendigen Maßnahmen für die Gemeinden einseitig für gewisse Gruppen kämen, müsse festgestellt werden, daß ein erheblicher Teil unserer Großstädte in den vergangenen Jahren eine Ausgabenpolitik betrieben habe, die weit über das Maß hinausging, was der Steuer- und Wirtschaftskraft dieser Städte entsprach. Infolgedessen seien diese Städte von mit verheerenden Finanzen in die jetzige große Krise hineingekommen, so daß ihnen die Wohlfahrtslasten sehr schnell den letzten Stöß gegeben, ohne daß sie jedoch die nötige Ursache der Defizite in den Haushalten waren.

Die Landgemeinden hätten sich in ihrem ursprünglichen Interesse ständig gegen diese großstädtliche Finanzpolitik gewehrt, weil dadurch nicht nur in der breiteren Öffentlichkeit, sondern auch bei Regierung und Parlamenten eine sehr gefährliche Stimmung gegen die Gemeinden und gegen die Selbstverwaltung überhaupt heraufbeschworen worden sei und weil man immer wieder für die Säumen einiger weniger Großstädte auch in mehr als 50000 deutschen Landgemeinden verantwortlich gemacht habe. Wenn daher jetzt von großstädtlicher Seite ein Sanierungsprogramm aufgestellt werde, das einschneidende Spar- und Abbaumaßnahmen vorsehe, so könnten die Landgemeinden sich in Anspruch nehmen, daß manche Teile dieses Programms schon längst von den Landgemeinden verfochten wurden und daß unter dem Zwang der Verhältnisse auf dem Lande gewisse Forderungen schon längst durchgesetzt seien. Dr. Gerekte erinnerte dabei an die Sparmaßnahmen im Volksschulwesen und die Erhöhung der Lehrerfrequenz in den ländlichen Volksschulen. Ähnlich sei es in der Bauwirtschaft, im Fürsorgewesen und bei den Verwaltungsausgaben.

Nachdem von gewissen Großstädten jahrelang eine mehr als bedenkliche Personalpolitik betrieben worden sei,

die sich besonders in der Höhereinstufung städtischer Beamter auswirkte, in einer Aufblähung des Beamtenapparats, werde jetzt den Städten eine allgemeine Einstellungs- und Beförderungssperre empfohlen. Hier müsse man leider sagen, daß die Erkenntnis etwas sehr spät komme und daß sie nicht auf die Städte beschränkt bleiben dürfe. So unerwünscht der Gedanke auch sei, müsse man doch unter dem harten Zwange der Not erwidern, ob man nicht vorübergehend grundsätzlich in Reich, Staat und Kommunen eine Einstellungsbeschränkung hergestalt vornehme, daß mit Ausnahme der leitenden Stellen bei den größeren Verwaltungen nur jede dritte freieverfügbare Stelle wieder besetzt werden dürfe. Nach allen Erfahrungen müsse man vor einem schematischen Beamtenabbau warnen. Notwendig jedoch sei auch die Zurückführung des personellen Verwaltungsapparats auf das unbedingt notwendige Maß. Man brauche sich nur folgende Zahlen zu vergegenwärtigen. Die personellen Ausgaben im Reich, Ländern und Gemeinden seien von 2,2 Milliarden im Jahre 1913/14 auf 5,8 Milliarden im Jahre 1930/31 gestiegen. Jedoch seien die Landgemeinden an dieser Steigerung kaum beteiligt, da bei ihnen das ehrenamtliche Element überwiege und die Zahl der von ihnen beschäftigten Beamten im Vergleich zu der Zahl der Beamten in Reich, Ländern und größeren Städten verschwindend gering ist.

Die Landgemeinden, so legte Dr. Gerekte weiter dar, machten ihre Forderungen den Großstädten gegenüber nicht um der Kritik willen, sondern um ihrer Existenz willen. Schon jetzt kämen nämlich die Forderungen nach einer Reichsreform und einer Verwaltungsreform, die den Großstädten noch weitere Einwirkungsmöglichkeiten — z. B. unmittelbare Vertretung im Reichstag usw. — einräumen sollen. Außerdem erkläre man, daß der Finanzausgleich umgestaltet werden müsse, damit die großen Städte „größere Selbständigkeit und vor allem auch größere Elastizität ihrer Finanzen“ erhielten. Das würde in der Praxis nichts anderes bedeuten — und auch das müsse offen ausgesprochen werden — daß die großen Städte auf Kosten der kleinen Städte und der Landgemeinden saniert werden sollten. Die Landgemeinden seien bisher schon beim Finanzausgleich ganz erheblich benachteiligt. Diese Benachteiligung in Verbindung mit den auf dem Lande proportional viel höheren Volksschullasten und der infolge der Notlage der Landwirtschaft auf ein Minimum gesunkenen Steuerkraft des Landes habe zusammen mit den Wohlfahrtslasten die unvermeidliche Notlage der Landgemeinden bewirkt.

Ohne Opfer würden wir selbstverständlich nicht aus dieser Krise herauskommen; immer aber müsse man daran festhalten, daß diese Opfer allgemein sein müßten. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Präsident Dr. Gerekte dann noch die Revision der Sparfassenotverordnung, durch die den Gemeinden der Kassenschnitt gesperrt worden ist.

Kanzler-Appell an Europa.

Brüning befristet weiteres Anwachen der Arbeitslosigkeit. — Gemeinsame Abwehr der Gefahr notwendig. — Für Preis- und Zollabbau.

Die in London erscheinende „Daily Mail“, eine der vornehmsten Zeitungen Englands, veröffentlicht Mitteilungen über eine Unterredung ihres Chefredakteurs mit dem Reichsanwalt Brüning. Danach hat Reichsanwalt Dr. Brüning etwa folgende Äußerungen gemacht:

Der nächste Winter wird der schlimmste werden, den Europa seit hundert Jahren erlebt hat. Wir Deutschen werden die Ungunst der Lage am empfindlichsten zu spüren bekommen und müssen mit sieben Millionen Arbeitslosen rechnen. Das Problem, sie zu erhalten, wird für den Staat und die Kommunalverwaltung außerordentlich schwierig sein. Hinzu kommt, daß unsere finanzielle Unfähigkeit auf die Nachbarstaaten übergrift und dort die finanzielle Stabilität untergräbt, was wiederum auf Deutschland zurückwirkt und uns in den Sumpf von Schwierigkeiten, aus dem wir uns gerade erheben, zurückstößt.

Die Nationen Europas müssen ihre Kräfte vereinen, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen. Ich schlage dringend vor, daß die verantwortlichen Staatsmänner Europas sobald als möglich zusammenkommen, um die Festlegung internationaler Preise für Güter derselben Qualität und die Ausmerzung falschnachahmender Industrien und kommerzieller Konkurrenz zu erörtern. Schließlich würde ich gern internationale Besprechungen zur Regulierung der hohen Zolleräte sehen, und ich freue mich, sagen zu können, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch ist.

Ich habe bereits private Besprechungen über derartige Dinge mit den Premierministern von Großbritannien und Italien gehabt. Ich kann indessen darüber nicht mehr sagen, bis ich eine Gelegenheit gehabt habe, dieselben Angelegenheiten mit dem französischen Ministerpräsidenten zu besprechen. Von überragender Wichtigkeit ist es, daß die Nationen Europas an den Frieden für viele, viele Jahre glauben. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung jedes west-

europäischen Landes Frieden braucht. Ich habe verhofft, die französische Nation von der Zurückigkeit von Deutschlands Wunsch nach einem dauernden Frieden zu überzeugen.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas haben folgende Ursachen: Erstens Ueberinflationsdrang der kleinen neuen Staaten; zweitens Rückgang der Kaufkraft in China und Indien; drittens übertriebene Zolltarife in der ganzen Welt und viertens künstliche Leitung des Flusses der Zahlungen als Folge der deutschen Reparationsverpflichtungen. Wenn man die Wege zu allgemein besseren Bedingungen untersucht, dann stößt man sehr häufig gegen den Vertrag von Versailles. Der Kommunismus ist Deutschlands größte innere Gefahr.

Starke Echo der Unterredung.

Das Reichsfinanzministerium bemerkt die Gerüchte über eine weitere Gehalts- und Pensionstürzung. — Berlin, 17. August.

In Berlin wird der Empfang des Chefredakteurs der „Daily Mail“ durch Reichsanwalt Brüning befristet, doch wird ausdrücklich betont, daß es sich hierbei um kein Interview gehandelt hat. Der englische Journalist hat daher auch keine formulierte Erklärung ausgehändigt bekommen und veröffentlichten können, sondern es handelte sich lediglich um eine Rejume über ein Gespräch. Eine offizielle Stellungnahme zu den einzelnen Punkten wird abgewartet.

Das einschränkend vorausgeschickt, haben doch die vom Reichsanwalt geäußerten gemachten Ausführungen in allen politischen Kreisen des In- und des Auslandes größtes Aufsehen erregt. Und offenbar war die Mitteilung der „Daily Mail“ auch dazu bestimmt! Sachlich stimmen die neuen Darlegungen des Reichsanwalters mit dem Vereinigten Reichsausschusses erstatteten Bericht überein, der ja auch die gleichen Beforgnisse wegen der Ueberwindung des Krisenwinters enthielt und die Notwendigkeit einer planmäßigen internationalen Zusammenarbeit betonte. Dieser Meinung hat der Kanzler jetzt auch vor der englischen Presseöffentlichkeit Ausdruck gegeben, in einer Augenblick, in dem England vor den gleichen Finanzsorgen steht wie Deutschland.

Ueberraschend an den Mitteilungen der „Daily Mail“ ist vielleicht die Vermutung des Kanzlers, daß wir im Winter sieben Millionen Arbeitslose haben könnten und daß eine europäische planwirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig ist, um den verheerenden Konsumstopp auszuhalten. Im übrigen ist eine planmäßige internationale Zusammenarbeit nicht nur von der deutschen Regierung, sondern von allen an der Lösung der europäischen Fragen beteiligten Regierungen stets als Ausweg aus der großen Finanzkrise gefordert worden.

Die innere Krise, die sich in der hohen Arbeitslosigkeit widerspiegelt, verluft die Reichsregierung beunruhigt mit einer Selbsthilfsaktion zu bekämpfen; und je schwieriger sie sich die Situation vorstellt, um so durchgreifender werden ihre Abwehrmittel sein.

Der Kanzler hat in den Reichsausschüssen vertraulich, der Reichsfinanzminister in seiner Verfassungsrede vor dem Reichstag öffentlich erklärt, daß einschneidende Sparmaßnahmen notwendig sein werden, um der Krise zu begegnen und daß man den Staatsapparat verbilligen müsse. Bisher ist das Selbsthilfsprogramm über einzelne Entwürfe nicht hinausgekommen. Trotzdem laufen Gerüchte um, denen zufolge das „Kernstück der Notverordnung“ eine neue Kürzung der Beamtengehälter um je bis acht Prozent sein wird. Vom Reichsfinanzministerium werden diese Behauptungen jedoch in aller Form bemerkt. „Im Reichsfinanzministerium“, so erklärt man offiziell, „ist von einer neuen Gehaltskürzung nicht das geringste bekannt.“

Was die in letzter Zeit mehrfach erörterte Frage des Pensionstürzungen betrifft, ist eine Kürzung der Ruhegehälter im Wege der Notverordnung nicht möglich.

da sie im Reichstag und Reichsrat von einer Zweidrittelmehrheit gebilligt werden müßte, die aber — zumindest im Reichstag — nicht vorhanden ist. Nun bier es vor einiger Zeit, daß eingeschriebene Briefe an alle hohen Pensionäre gesandt werden sollten, in denen diese um freiwilligen Verzicht auf einen Teil der Pensionen ersucht werden sollten. Vom Reichsfinanzministerium wird erklärt, daß solche Briefe nie geschrieben wurden. Angeblich handelt es sich um einen persönlichen Gedanken des Reichsarbeitsministers, der aber nie Wirklichkeit geworden ist. Im übrigen scheint man sich über die Höhe der bei einer solchen Transaktion einzuparenden Summen übertriebene Vorstellungen zu machen. Die höchsten Militärpensionen betragen jährlich 12000 bis 16000 Mark. Im Jahr 1924 waren einer Denkschrift zufolge, noch 500 Empfänger dieser hohen Pensionen vorhanden. Jetzt sind es nur noch 115, da allein im letzten Jahr hundert pensionierte Offiziere gestorben sind. Verzicht hat bisher niemand auf seine Pension, auch nicht, wie es hieß, die Generäle Daimling und Schönau. Der frühere deutsche Kronprinz hat die Pension nie beantragt und auch nie erhalten, der frühere bayerische Kronprinz überweist sie dem bayerischen Landestriegerverband.

Anfechtung des Volksentscheids.

Einlage der Bundesführer des Stahlhelm an den preussischen Landeswahlleiter.

Entsprechend ihrer Anfechtung haben die Bundesführer des Stahlhelm dem preussischen Landeswahlleiter Geheimrat Dr. Saenger ein Schreiben zugehen lassen, in dem unter Hinweis auf die bevorstehende Feststellung des endgültigen amtlichen Ergebnisses des Volksentscheids ausgeführt wird, eine Berichtigung der Wahllisten — Streichung der Verstorbenen, Bestätigung der Doppelzählungen usw. — würde die Zahl der Wahlberechtigten um etwa zwei Millionen senken. Andererseits sei die Zahl der zustimmenden dadurch zum Nachteil des Volksentscheids gesunken worden, daß in dem Stimmlisten zahlreiche Stimmberechtigte widerrechtlich gestrichen seien, die sich noch beim Volksbegehren eingetragen hätten. Nach einer auf Stichproben begründeten Berechnung würde die Berichtigung dieses Fehlers die Zahl der Ja-Stimmen um etwa eine Million steigern.

„Da entgegen der Bestimmung des Bundesgesetzes vom 15. 4. 28.“ führt das Schreiben dann fort, „die ordnungsmäßige Überprüfung der Wahlergebnisse vor der Auflegung nicht erfolgt ist, müssen wir die aus den nichtberichtigten Wahlmängeln errechneten Ergebnisse anfechten.“

Zu diesen auf den Mängeln der Listenführung beruhenden Beeinträchtigungen des Wahlergebnisses kommen solche wie Ungültigkeitserklärungen deutlich gekennzeichnete Stimmzettel durch Abstimmungsversitzer. Beispiele folgen. Endlich kommen zu den Mängeln der Listenführung und der amtlichen Feststellung beruhenden Veränderungen des Wahlergebnisses noch die ungezügelteren Veränderungen, die durch Behinderung oder Beeinflussung der Abstimmung, insbesondere durch verfassungswidrigen Terror, herbeigeführt worden sind.“

Die Zusage schließt mit den Worten: „Wir haben Grund, diese Einwirkungen insgesamt so einzuschätzen, daß bei ihrer Berücksichtigung das Abstimmungsergebnis den Erfolg des Volksentscheides bedeuten würde.“

Schwierige Verhandlungen.

Ueber die Verlängerung der Deutschland gewährten kurzfristigen Kredite.

Basel, 17. August.

Nach der grundsätzlichen Einigung der Gläubiger untereinander sind jetzt die Verhandlungen über die Bedingungen für die Verlängerung der Deutschland gewährten kurzfristigen Kredite mit den deutschen Delegierten wieder aufgenommen worden. In Gläubigerkreisen ist man gewillt, die Kredite um sechs Monate zu verlängern unter der Voraussetzung, daß auch die beteiligten Zentralbanken und die BIZ, den Deutschland gewährten 100-Millionen-Dollar-Kredit, der anläßlich der letzten Sitzung der BIZ, um drei Monate verlängert wurde, ebenfalls auf sechs Monate verlängern.

Wie hierzu gemeldet wird, ist man seitens der Zentralbanken und der BIZ, durchaus gewillt, einer solchen Verlängerung zuzustimmen. Die deutschen Delegierten ihrerseits haben sich zunächst telephonisch mit der Reichsbankleitung und der Bankiervereinigung in Verbindung gesetzt, um neue Instruktionen einzuholen, da ihnen gewisse Bedingungen kaum annehmbar erscheinen.

Die Verhandlungen bieten infolgedessen noch gewisse Schwierigkeiten, als die Gläubigergruppen fordern, daß nicht nur die in Frage kommenden deutschen Banken, sondern auch die Industrie, welche die Kredite weitergeleitet werden, an der Garantierung der Kredite beteiligt werden sollen. Von privater Seite verlautet, der deutsche Vertreter, Bankier Meljor, habe eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite statt um sechs Monate auf zwei Jahre und ferner neue Kredite in Höhe von einer Milliarde Mark gefordert.

Polens Minderheitenpolitik.

Ein bemerkenswerter Artikel des „Manchester Guardian“ — London, 17. August. „Manchester Guardian“ bringt einen Artikel seines

Spezial-Korrespondenten, der erst kürzlich an Ort und Stelle die Lage der deutschen Minderheiten in Polen untersucht hat. Darin wird ausgeführt, daß Polen unter dem Agrarreformgesetz sich Verletzungen der Minderheitenverträge habe zuschulden kommen lassen, was sich durch Beispiele belegen lasse, die zeigen, daß die polnische Agrarreform ungerecht durchgeführt werde, indem die deutscher Besitzergüter übermäßig mehr Boden abzutreten haben als die polnischen. Bei ihnen werde das Gesamtareal einschließlich Wald und unfruchtbarer Ländereien zur Grundlage der Aufteilung genommen, während die Erredung des abzutretenden Teils in dem Fall, daß der Besitzer Pol ist, unter Ausschluß der Forsten, Märchen, Heide und Brachland erfolge.

Ferner werde da, wo das Bestehen einer Milchwirtschaft, einer Zuckerfabrik oder einer Brennerei es erheische, daß den Besitzern mehr als das Minimum von 160 Hektar belassen werde, das zufällige Areal immer bewilligt, wenn der Eigentümer Pole sei, während es oft verweigert werde, wenn Deutsche Eigentümer seien.

Der Streit um die polnische Agrarreform ist nach Ansicht des Korrespondenten von besonderem Interesse, weil doch Rat und Vollerammung des Völkerbundes in einigen Wochen zusammentreten werden, um diesen Fragenkomplex zu behandeln. Wenn ungerechte Diskriminierungen gegen nationale Minderheiten festgestellt sind, so sagt das Blatt, dann ist es von höchster Bedeutung, daß die Angelegenheit im Völkerbundrat oder besser noch im Rat und in der Vollerammung vorgebracht werde.

In einem besonderen Leitartikel nimmt das Blatt zu den Ergebnissen der Anfechtung seines Korrespondenten Stellung und bemerkt darin, daß die polnische Regierung den Minderheitenvertrag kaum als einen Vertrag anzusehen scheine, oder wenn, dann doch nur als einen solchen, der ungestraft gebrochen werden könne. Gibt es irgendeinen Weg, fragt das Blatt, die polnische Regierung zu veranlassen, ihr Wort zu halten?

Länderkonferenz in Oldenburg.

Oldenburg, 17. August.

In Oldenburg wird am Dienstag eine interne Länderkonferenz mitteleuropäischer und norddeutscher Länder stattfinden. Es werden sich an der Vespredung beteiligen: Die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder Oldenburg, Braunschweig, beide Mecklenburg, Thüringen, Anhalt, Schaumburg-Lippe und Lüneburg. Den Hauptgegenstand der Beratungen werden die Finanzfragen abgeben. Wahrscheinlich Besprechungen haben bereits zweimal stattgefunden, das letzte Mal in Dessau und davor in Schwerin.

Die Verhandlungen in Basel

Schwierigkeiten wegen der Markguthaben

Basel, 17. August.

Das von Albert H. Wiggin präsierte Finanzkomitee für die Prüfung der Finanzlage in Deutschland hielt Sonn tag eine überaus lange Sitzung ab. Die Beratungen dauerten bis 20.40 Uhr. Daneben nahmen die Verhandlungen der verschiedenen Bankiergruppen, welche im Stillhaltekomitee vereinigt sind, ihren Fortgang. Das Finanzkomitee nahm in erster Linie Kenntnis von dem im Stillhaltekomitee aufgetauchten Schwierigkeiten, speziell was die Frage der ausländischen Markguthaben in Deutschland betrifft. Weiter setzte das Finanzkomitee die Beratungen des von Sir Walter Cayton erstellten Berichtes fort. Der Bericht bezieht sich speziell mit der Frage der Gewährung neuer Kredite an Deutschland, sowie der Umwandlung kurzfristiger in langfristige Kredite. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Die Experten haben endgültig auf den Plan einer Reif nach Berlin verzichtet, und sie hoffen, sofern es der Stillhaltekomitee gelingt, die noch bestehenden Hauptdiffere renz bezüglich der Markguthaben bis Dienstag aus der Welt zu schaffen, ihre Arbeiten am Mittwoch abschließen zu können. Die von den Gläubigermächten gestellten Forderungen wegen der ausländischen Markguthaben in Deutschland werden von den deutschen Bankiers unter Hinweis auf die durch verfallenen Devisenexport entstehende Möglichkeit einer weiteren Schwächung der deutschen Position bekämpft. Von den Gläubigergruppen wird erklärt daß bei der weitgehenden Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs in Deutschland auch gegenüber den ausländischen Banken ein Entgegenkommen am Platze wäre.

Wallstreet erwartet Revision

Washington, 17. August.

Die Frage, was geschehen werde, wenn das französische Jahr abgelaufen sei, wird in hiesigen politischen und finanziellen Kreisen lebhaft erörtert. Der New Yorker Central Post zufolge herrscht in maßgebenden Wallstreetkreisen Ansicht, daß die Welt niemals zu der Basis zurückkehren werde, die vor dem Vorstich Hoovers einen Zahlungsaufschub der bestehenden Kriegsschulden zu gewahren, stand. Persönlichkeiten, die kürzlich aus Europa zurückkehrten, hätten erklärt, dies sei eine in allen großen Finanzstädten angenommene Tatsache. Diese Persönlichkeiten seien der Ansicht, daß, wer es etwa vermute, Deutschland könnte oder würde in einer Rücklage zu dem Zahlungs basis einwilligen, die Schlichte nicht genau gepasst habe. Sie seien weiter der Überzeugung, daß sich Deutschland, falls es die Zahlungen auf der vorherigen Lage wieder aufnehme, in einer schlimmen Lage befinden würde, als vor dem Moratorium, da es dann auch noch die hinzukommende Last der aufgehobenen Zahlungen zu tragen hätte. Nach Ansicht dieser Kenner der Sache werde Deutschland wahrscheinlich um eine Revision des Versailles Vertrags nachsuchen, um die Revision des Jahres des Verfallens nachschärfen zu lassen, um die Sprache gebracht werden würde, bevor das Moratoriumsjahr abgelaufen sei.

Flandin winkt ab

Frankreich verzichtet nicht auf Kriegsschulden

Paris, 17. August.

Finanzminister Flandin hat einem Vertreter des „Revue de Paris“ gegenüber Erklärungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage abgegeben, die heute veröffentlicht werden. In seinen Erklärungen nimmt er Bezug auf seinen Feldzug, der gegenwärtig für die allgemeine Amulierung der Kriegsschulden und der Reparationen geführt wird. Gegen die bereits vorgelegene Möglichkeit, daß eine Abhebung der französischen Kriegsschulden gegenüber den Gläubigern auf Deutschland zugutekomme, habe Frankreich nichts einzuwenden. Was jedoch den rein französischen Anteil der deutschen Reparationszahlungen anbetreffe, gleiche er die Wiederherstellung der Kriegsschulden nicht an. Niemand in Frankreich, welcher Partei er angehöre, habe jemals zugegeben, daß Frankreich auf ein Recht verzichten könne, das nicht allein in den Verträgen niedergelegt ist, sondern das den Gerechtigkeitswillen der Völker ausdrückt.

Politische Rundschau.

Berlin, den 17. August 1931.

Oberrheinischer Rat D. Lang f. An den Folgen eines Anglistfalls starb der in weiten Kreisen bekannte Berliner Pfarrer Oberrheinischer Rat D. Lang im Alter von 61 Jahren. D. Lang begann als gebürtiger Schweizer seine amtliche Laufbahn in der deutschen Gemeinde zu Montreux. Besondere Aktivität entwickelte D. Lang dann im Evangelischen Bund, dessen Präsidium er seit acht Jahren angehörte. Auch in den internationalen Verbänden zur Förderung und Förderung des Protestantismus war er rührend beteiligt. Seit 1925 gehörte D. Lang ferner der Evangelischen Oberkirchenrat an.

Nachmalige Ergänzung der Devisenverordnung. Das Reichswirtschaftsministerium hat den Stellen für Devisenbesitzbesitzung eine neue Ergänzung der vorläufigen Richtlinien zur Ausführung der Devisenverordnung angeleitet, die insbesondere die erforderlichen Anordnungen zur Ausführung der Bestimmungen der Durchführungsverordnung über Zahlungen von Inländern auf deutsche Markkonten von Ausländern enthalten.

Mietverbot fordert Senkung der Mieten auf den Vorkriegsmaß. Der Reichsbund deutscher Mieter beantragt seine mehrtägigen Verhandlungen in Leipzig mit der Annahme einer Entschärfung, in der die Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnkredites, die sofortige Verabschiedung des Wohnheimkittengesetzes und die Senkung der höchsten Mieten mindestens auf den Friedensmietfuß mit entsprechender Senkung der Hauszinssteuer verknüpft sind. Im Verlaufe der Verhandlungen hatte auch der Bodenreformer Dr. Damalsche das Wort genommen.

DIE FABRIK Roman von Marlene Sonneborn (ERIKA FORST)

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale) 1931

Frau Barbara schüttelte lebhaft den Kopf. „Sie nennen mich so oft eine unverbesserliche Optimistin — und ich bin es auch wohl, wenigstens in bezug auf unsere Kinder. Ich glaube nicht an ihre Feindschaft. Ich bin überzeugt, daß da irgendwo ein Mißverständnis vorliegt, das sich eines Tages klären wird.“

„Ein Mißverständnis im Anfang — ohne Zweifel. Vielleicht nur eine von Heß abnormen Zerknirschungen oder Aufschneidereien, die sie pflichtig ernst genommen, nachdem sie sie tausendmal richtig verstanden hat. Oder eine von Alice Schroffheiten, die ihn mit einem Male verfehlt haben, obwohl er sie tausendmal lächelnd und zärtlich verziehen. Aber die Klust hat sich erweitert, ist tiefer und tiefer geworden und scheint mir nachgerade unüberbrückbar.“

„Bei Heß weiß man nie: Was ist Schauspielerei? Was ist echt?“

„Bei Alice ist die Abneigung echt mindestens geworden. Sie ist schauspielert nicht.“

„Aber warum schlägt sie jede andere Heirat aus?“

„Immerhin hat sie Heß geliebt — und seidel unter der schmerzlichen Enttäuschung.“

„Nun — jedenfalls betreffs Heß enthalte ich mich jeden Heiratsplanes. Warten wir ab! Aber Nora? Auch Heß hat sie gern, und er ist damit einverstanden, daß ich Nora — vorausgesetzt, daß sie will und daß ihre Mutter will... aber warum sollten sie nicht wollen? —, daß ich also Nora adoptiere.“

„Wollt senior gab einen Laut der Ueberraschung von sich. „Aber ich denke noch weiter. Wenn Heß und Alice sich wirklich nicht zueinander finden sollten — ich möchte die Verbindung zwischen unseren Familien sichern. Glauben Sie, lieber Freund, daß einer Ihrer Söhne — Hermann

vielleicht, der nun einmal mein Liebling ist — Nora betreten würde?“

„Sie denken schnell und verfügen sich, liebe Freundin! Hermann und Nora sind auch Menschen mit eigenem Willen und Gehirnaad.“

„Nora hält viel von Hermann!“

„Und Hermann von Nora — indessen...“

„Grundsätzlich hätten Sie nichts dagegen?“

„Grundsätzlich spräche alles dafür.“

„Nun also — dann wäre ja doch die Hauptsache erledigt.“

„Die Hauptsache sind immerhin die beiden jungen Menschen.“

Frau Barbara lächelte gütig. „So? Doch? Zuweilen reden Sie ganz anders!“

In diesem Augenblick erkante die Sirene, die die Mittagspause ankündigte. So meldete sich die Fabrik, in deren Namen joeben über zwei Menschen und ihre Schicksale verhandelt worden war, wie über eine Ware, wie über verfügbare Gegenstände.

Nora konnte sich einer leichten Befangenheit nicht erwehren, als sie jetzt bei der Tafel mit ihrem Vetter zusammentraf. Der Zusammenstoß mit Alice mußte ihn doch erschüttern, aus seinem ewig gleichen inneren Gleichgewicht ein wenig herausgeworfen haben. Die schwebende Abneigung der beiden war mit einem Male zu läben Flammen emporgeschlagen. Nach dem, was sie gerade von Hermann Wort über die beiden gehört hatte, empfangend sie herzliche Teilnahme für Alice und einen nicht geringen Zorn auf Heß. Gewiß hatte er die ganze abnorme Sundegeichte nur ange stellt, um Alice zu ärgern, zu kränken.

Frau Volkswant kam zerstreut zu Tisch. Ihre Gedanken weilen noch bei der eben beendeten Unterhaltung. Unwillkürlich sah sie prüfend zu Nora hinüber.

Sie ist gewiß keine Schönheit, dachte sie, hat nichts Glattes, Zurechtgemachtes, Herausforderndes; aber mit ihren glühenden Wäcken und den flammenden Augen, dazu die weiche, dunke Haar, ist sie ein Mädchen, so recht wie geschaffen für einen ernsten und sinnigen Mann wie

Hermann Volt. Sie war zufrieden mit dem Resultat ihrer Prüfung.

Dann glitt ihr Bild zu Heß hinüber, und unwillkürlich mußte sie, nicht ohne Reimischung von Zadel, lächeln. „Heß, Heß, wie kann man einen solchen Bajazzo aus sich machen!“ sagte sie und beschaute fast mittelbig seinen übermodernen Anzug. „So laufe meinethwegen in Monte Carlo oder in Cannes, wo sich das wunderliche Volk aus Europa und Amerika zusammensindet — aber hier im Wuppertal —“

„Da hätte es keinen Reiz für mich — es würde nicht ausfallen und niemandem einen kleinen gefunden Verdauungszüger schaffen, Mutter!“ erwiderte Heß verärgert und strahlend vor guter Laune. „Du glaubst nicht, was es für Freude macht, die Oberfläche der Tugendspiegel ein wenig zu trüben.“

„Heß!“ sagte Nora unwillkürlich und ehrlich empört. „Dich meine ich ja gar nicht, Kufstuden!“ Tätsche Heß sehr geirrt. Nichts ärgerte Nora so, als daß sie ihn immer wieder gern haben mußte, wenn er sie so anstarrte.“

„Du sollst aber auch keine andere meinen!“ sagte Heß schelmisch, halb lüchelnd, halb bespottend.

Heß hob flehend die Hände zu ihr hin. „Varmherzigkeit, Nora, laß mir noch ein wenig Freude! Wenn man dich so hört, sollte man meinen, du hättest doch ernste Absichten auf mich.“

„Schöpfungswahrheitlich!“ entgegnete Nora seufzend. „Als sie am Nachmittag dieses Tages, von Frau Volkswant geschickt, die Villa zu einer ungewohnten Zeit betrat, vernahm sie eine ferne, seltsam schöne Musik. Sie ging den Klängen nach, von Neugier getrieben. Hatte Heß Recht? Wer konnte in diesem Hause mit solch wunderbarem Gesäße, mit einer so ausgezeichneten Virtuosität spielen?“

Erst in der zweiten Etage wurde es ihr klar, daß die Töne tatsächlich aus Heßs Zimmer kamen. Wie vor es nur möglich, daß sie so gedämpft klangen? Sie lauschte eine Weile voll Spannung; aber die Pflicht rief, und sie schied sich los.

(Fortsetzung folgt)

Aus Stadt und Land.

Nach sechsmonatiger Fehdung verhaftet. Wegen des Februar verübten Raubüberfalls auf den Kassenboten in Berlin-Neukölln ist jetzt der dritte Täter, ein 34-jähriger Verbrecher namens Leo B. a. d., mitten aus der Mitte eines Gefangenenteams heraus verhaftet worden.

Gefährdung eines Frauenkörpers. Der unter Mordverdacht in der märkischen Ortschaft Grammin bei Kloster-Grube verhaftete 37-jährige Schaffneider hat jetzt zehnjährigen Mädchen die in einer verbrannten Scheune aufgefundenen Frau nach der Mordtat in die Scheune geschleppt zu haben, das Feuer dagegen will er nicht angelegt haben.

Blutakut eines Eiersüchtigen. Die 19 Jahre alte Käthe Heidegess wurde in Breslau von ihrem ehemaligen Eiersüchtigen, dem Bauhofsler Ullig, auf offener Straße im Weidemannpark ertränkt. Sie befand sich mit ihrem Bräutigam auf dem Wege zu einem Vergnügungsort. Ullig folgte dem Paar in raider Eifersucht und versuchte dem Mädchen mit einem eigens zu diesem Zwecke gekauften Dolch vier tödliche Stiche in Rücken und Brust, ehe das Bräutigam es verhindern konnte. Bei der Vernehmung erhielt der Bräutigam erhebliche Verletzungen in den Händen. Der Täter beging darauf Selbstmord, indem er sich den Dolch mehrere Male in die Brust stieß.

Ein Schrankwärter wegen Eisenbahntransportgefahr verurteilt. Das erweiterte Schöffengericht in Marburg a. d. Lahn verhandelte in Wentbach gegen den Schrankwärter Konrad Weber, der am 5. Juni 1931 am Tod der Eheleute Ludwig Scherer dadurch verurteilt wurde, daß er die Eisenbahnbrücke vor dem Herannahen eines Gützuges nicht rechtzeitig schloß. Die Eheleute Scherer, die mit ihren zwei Entleinern auf einem von zwei anderen gezogenen Wagen saßen, wurden durch den Zusammenstoß mit dem Zuge herausgeschleudert und sofort getötet, während die beiden Kinder unverletzt blieben. Das Gericht erkannte gegen Weber wegen fahrlässiger Tötung und Eisenbahntransportgefährdung auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Auffindung eines Vermissten als Leiche. Der seit Ende Mai vermisste kaufmännische Angestellte Ernst von Schmidt aus Düsseldorf ist zwischen Schachen und Meiser im Wettersteingebirge als Leiche aufgefunden worden.

Dreiwöchige Erkundungsfahrt Gronau über das isländische Eis. Der deutsche Flieger von Gronau, der die Bedingungen für eine nordpolare Amerikaroute prüft, beschloß sich, von Godthaab aus als Basis, drei Wochen lang Erkundungsfahrten über das isländische Eis zu unternehmen. Der deutsche Meteorologe Dr. Brauner in Godthaab und der holländische Flieger Peterlen unterstützten ihn, um einen geeigneten Landungsplatz an der Westküste Grönlands zu finden.

happagampfer „San Martin“ auf dem Tejo auf Grund geraten. Der deutsche Dampfer „San Martin“, der der Hauptlaste Ladung führt, ist nach einer Weidung aus Effakon auf dem Tejo auf Grund geraten.

Der Hausinschutz in Bielefeld auf einen Anschlag zurückzuführen? Die Ursache des Hausinschutzes in Bielefeld ist noch nicht geklärt. Es kamen zwei Möglichkeiten in Frage: eine Explosion von Dynamit oder ein Anschlag infolge Unvorsichtigkeit in der Handhabung mit dem Sprengstoff oder ein Anschlag. In der Richtung des Anschlages verfolgt die Polizei eine Spur.

100 000 Mark Lohngelder geräumt. Ein verwegener Raubüberfall auf einen Kassenboten wird aus Paris in Frankreich gemeldet. Der Kassierer einer Kohlengrube wurde in Begleitung eines Privatdetektivs die Kohngelder in Höhe von etwa 100 000 Mark von der Bank geholt. Als er gerade in den Grubenhof treten wollte, knallte ihn ein unbekannter Mann mit einer Revolverkugel rücklings nieder und verletzten ihn tödlich. Der Detektiv erhielt einen tödlichen Schuß. Der Mörder ist mit der Beute entkommen.

Die Kultur des Zirkusses.

Von Ottomar Hermann.

Gibt es denn das: eine Kultur des Zirkusses? meint vielleicht der Leser, der sich mit dem tieferen Sinn, der in der Zirkuskunst liegt, noch nicht beschäftigt hat. Aber warum sollte der Zirkus keine Kultur haben? Diese Frage wird kaum eine glatte Beantwortung ohne weiteres finden, sei sie bejahend oder verneinend. Betrachten wir also einmal einen Niesenzirkus, wie den Sarrajanis zum Beispiel, und beschäftigen wir uns einmal einige wenige Minuten mit seiner Kultur.

Die Art, daran ist nicht einen Augenblick zu zweifeln, ist international. Wir treffen in Deutschland



Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

Es ist, den 18. August 1931

Tages-Zeiger

☉-Aufgang: 5 Uhr 13 Min. ☉-Untergang: 7 Uhr 47 Min.

Schwachwasser:

5.40 Uhr Vorm. — 5.50 Uhr Nachm.

19. August: 6.20 Uhr Vorm. — 6.30 Uhr Nachm.

Das Handwerk im Rundfunk. Vom Reichsbund des deutschen Maler- und Lackierhandwerks in Hamburg wird am Freitag, dem 21. August d. J., nachmittags von 18.55 bis 19.20 ein Rundfunkvortrag über das Thema „Die Wirkungen der Farbe in Wohnung und Wirtschaft“ gehalten.

„Sarrajan in Oldenburg“ — das war vor 2 Jahren ein unergreifliches Erlebnis, als Sarrajan in dieser Gegend gastierte. Heute — das heißt vom 20. bis 24. August werden wir uns einem neuen Sarrajan gegenübersehen, einem Sarrajan, der uns Gigantische gewachsen ist, einem Sarrajan, der in seiner Niesenzirkusstadt eine Organisation vorbildlicher Präzision geschaffen hat, der eine eigene Feuerwehr unter Leitung eines diplomierten Brandingenieurs unterhält, der 25 000 Lampen Abend für Abend mit eigenen Lichtmaschinen speist, der Abend für Abend 10 000 Menschen nicht zur Befimmung kommen läßt! Sarrajan kann es sich leisten, seine Kassenmanege zum Schauplatz tollster Sensationen aus allen Kontinenten zu machen. Was man bei Sarrajan sieht, findet in der ganzen Welt kein Beispiel. Nicht nur Tierdresuren, nicht nur Artistik, nicht nur Clownerie, sondern alles! Und nur Spitzeneinstellungen! Mittelmäßiges hat bei Sarrajan keinen Platz. Wenn er Kräfte braucht, heißt es bei ihm stets: „Ich suche die besten Artisten der Welt!“ Braucht er neue Tiere, so gibt es nur eins: „Die schönsten und prächtigsten Exemplare!“ Sarrajan hat heute noch dieselben niedrigen Eintrittspreise wie in der Vorkriegszeit. Darüber freuen wir uns. Denn so wird auch in der heutigen schlechten Zeit jeder in der Lage sein, diese „Schauspieler Welten“, den Zirkus der Zehntausend — Sarrajan zu sehen.

Eine Schlupfentzündung an die Unterwerferhäfen? Bei der Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums für das Etatsjahr 1931/32 wurde ein Antrag auf Weisung von 150 000 RM für die Unterwerferhäfen zurückgezogen, nachdem der Reichsverkehrsminister erklärte, daß die beteiligten Landesregierungen nicht mehr in dieser Frage an ihn herangetreten seien und daß Reichsmittel dafür nicht zur Verfügung ständen. Wie nun die „Nachr. f. St. u. V.“ aus Berlin hören, sollen die Ausrichter für eine Schlupfentzündung der oldenburgischen Unterwerferhäfen sehr gut sein. Der Reichsverkehrsminister, der vor einigen Jahren die Unterwerferhäfen besucht hat und die Verhältnisse daher genau kennt, will sich beim Reichsfinanzminister für eine Schlupfentzündung einsetzen. Wann diese Entschädigung zur Auszahlung gelangen wird und vor allem in welcher Höhe, läßt sich bei der Notlage der Reichsfinanzen natürlich nicht übersehen.

Schweinerotlauf ansteckend für Menschen. Dem Bakteriologischen Institut der oldenburgischen Landwirtschaftskammer sind wie uns die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, in den letzten Tagen Fälle bekannt geworden, in denen sich Personen, die mit an Rotlauf erkrankten Tieren zu tun hatten, ebenfalls an Rotlauf erkrankten. Da besonders in der heißen Jahreszeit die Schweine an Rotlauf erkranken, ist jetzt große

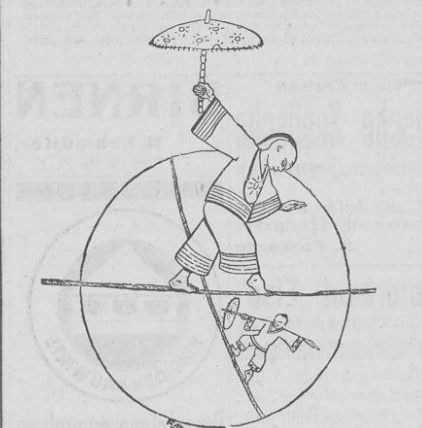
Vorsicht geboten. Gefährdet sind vor allen Dingen Personen, die an Rotlauf erkrankte Schweine behandeln, verendete Tiere zerlegen oder verarbeiten und sich dabei durch einen Schnitt oder noch so geringfügigen Riß verletzen. Es kommen auch Fälle vor, wo die Ansteckung beim Schüttern mit Rotlaufkeime enthaltendem Mistbrei oder Fleischwaren erfolgt. Schon nach 1 bis 2, mitunter erst nach 3 bis 5 Tagen entzieht an dem bet. Finger oder auch an der ganzen Hand eine schmerzhaft, juckende, zumeist scharf begrenzte Hautrötung, die zumeist auch mit Bläschenbildung verbunden ist. Besonders ergreifen werden häufig die Gelenke der Finger, die stark anschwellen, so daß ein Beugen nur unter starken Schmerzen und nur in geringem Maße möglich ist. Oft auch wandert diese Rötung und Schwellung im Finger hin und her, von einem Fingerglied ins andere und zieht meist auch die benachbarten Finger in Mitleidenhaft. Auch fieberhafte Allgemeinerkrankungen können sich einstellen. Die Erkrankung kann monatelang dauern, wenn nicht rechtzeitig eine Behandlung eingeleitet wird, ja, ausnahmsweise kann die Erkrankung infolge Herzschwäche und entzündlicher Veränderungen an den Herzklappen tödlich endigen. Wenn also jemand mit erkrankten Schweinen zu tun gehabt hat und bemerkt danach die oben bezeichnete Rötung und Schwellung an seinen Händen, dann sollte er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Die jegliche feuchtwarme Witterung ist für die Entstehung des Rotlaufs überaus günstig. Es mehren sich daher die Fälle von Rotlauf unter den Schweinen ganz erheblich. Damit wächst auch die Gefahr der Ansteckung für den Menschen. Meistens werden wohl diese anfänglich geringgradigen Entzündungen gänzlich bemerkt. Diese Gefahren für Mensch und Tier lassen sich bis zur Bedeutungslosigkeit herabmindern, wenn man sich dazu entschließt, die Schweine im Frühjahr gegen Rotlauf impfen zu lassen.

Delmenhorst. Die Nordmühle hat das Werk Emmendingen in Vaden an den früheren Besitzer Meyer-Sansboes wieder zurückverkauft. Das Werk Emmendingen ist keine Kammgarnspinnerei, sondern eine Baumwollspinnerei, die von der Nordmühle vor etwa 6 Jahren gekauft wurde. Beschäftigt wurden auf dem Werk annähernd hundert Personen. Die Kammgarnspinnerei Delmenhorst beschäftigt, alle Wohnhäuser, die außerhalb der geschlossenen Gärten liegen, zu verkaufen. Es kommt dabei eine ganze Anzahl von Häusern an der Kramerstraße, Feststraße usw. in Frage.

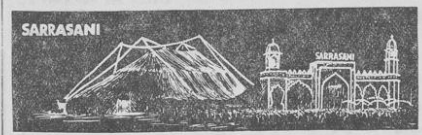
Oldenburg. Sonder-Gehaltsabbau in Oldenburg? Auf der Länder-Konferenz am Dienstag wird auch die Frage von Sonder-Gehaltskürzungen in den Ländern beraten werden. Oldenburg selbst ist entschlossen, einen Sondergehaltsabbau durchzuführen. Die vorgezeichneten Kürzungen sind bereits bekannt. Eine Freigrenze wird gesetzt bis 2000 RM. Dann folgt für Gehälter von 2—3000 RM ein Abzug von 4 Prozent, für 3—6000 ein Abzug von 5 Prozent, von 6—12 000 von 6 Prozent, von 12—14 000 von 7 Prozent, für noch höhere Gehälter ein Abzug von 8 Prozent. Die Frage der Kürzungen ist in einer Kabinetsitzung in Oldenburg Sonntag vormittag beraten worden. Allerdings erklärte der Ministerpräsident, die Entscheidung sei noch nicht endgültig gefallen. Sie wird zumeist erst nach der Länderkonferenz am Dienstag im positiven oder negativen Sinn bekanntgegeben werden. Die Oldenburgische Beamtenchaft hat sich in einer Entschließung mit diesen Sondermaßnahmen befaßt und verlangt, daß die bisherige Gleichstellung, die bereits in kleineren Punkten in den letzten Jahren angeknabbert sei, nicht völlig aufgehoben werde. Im übrigen könne man verlangen, daß die Beamten nicht allein für Maßnahmen zur Erhaltung der

und das Auftreten von Indianern läßt uns die Geschichten unserer Jugendliteratur von Cooper bis Karl May lebendig werden.

So ist die Kultur des Zirkusses ein Abstrich des bunten Lebens der Völker der Erde, ist sie international. Und dennoch ist dem Ganzen unverwundbar der Stempel der Kultur der Heimat, dem der Zirkus entstammt, aufgedrückt. Wenn man Sarrajanis Wanderzirkus betrachtet, wenn man die Ställe durchwandert, die Wagenburg besichtigt, die besonderen Anlagen, wie Heiz- und Lichtanlagen, in Augenschein nimmt, dann merkt man gar bald, daß Ordnung und Planmäßigkeit, daß Können all dies schuf und organisatorischer Wille und Geschick alles zusammenhält. So finden wir denn gerade in diesem deutschen Zirkus überall sichtbar wahrnehmbare Zeichen



träumerischer Wildwest — sollen wir sagen — „Kultur“, wenn von Wildwest gesprochen wird? Der tanzende Kofar, der in rasendem Strafowiat in der Manege umherwirbelt, gewährt uns einen Einblick in Sitten und Gebräuche seiner Heimat durch seine Tracht, sein Gebaren, durch



eben diesen Tanz. Trippelnde, schlängelnde Japaner und Chinesen, würdevoll gemessene Araber zeigen uns etwas vom Kult Afrikas. Braune Somalis vermitteln uns die Kenntnis der Völker Äthiopiens, Negers zeigen uns jene Tänze, die heute alle Welt horst, in unverfälschter Echtheit



deutschen Fleißes, deutschen Könnens, deutscher Gründlichkeit und hervorragender Gipfelleistungen deutscher Technik. Und mit ihnen, weil sie die Grundlage sind, eine deutsche Kultur, die auch nicht wegzuwischen ist, weil die Stätte dieses Unternehmens wandelbar ist, weil seine Wohnung auf rollendem Rad ruht, weil es vielleicht heute irgendwo in Deutschland, morgen unter Italiens Glufonne, übermorgen im Themensebel gastiert.

Es ist zuzugeben, daß der Zirkus eine reine Kultur nicht sein eigen nennen kann; das liegt begründet in der Internationalität seiner Artisten. Aber im Rahmen des Ganzen fügt sich alles in die Kultur der Heimat des Unternehmens, der es im Inlande die Kenntnis der Kulturen aller Völker der Erde vermittelt, für die es im Auslande ein Kulturträger und Pionier ersten Ranges ist.

Eigenstaatlichkeit Oldenburgs herhielten. Nach einer Mitteilung des DVB fand auf seine Veranlassung eine Unterredung von Vertretern der Angestelltenverbände mit dem oldenburgischen Ministerium statt. Die Angestelltenvertreter erklärten, daß ein weiterer Gehaltsabbau für die Angestellten nicht tragbar sei. Als Ergebnis der Besprechungen kam mitgeteilt werden, daß Minister Dr. Driever erklärte, daß ein weiterer Gehaltsabbau für die Behördenangestellten nicht in Aussicht genommen sei.

§ Westertage, 16. Aug. Oldenburger Beamtenstag. Die im Landesrat des Deutschen Beamtenbundes organisierten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, sowie Lehrer aus dem Oldenburger Lande waren auf gefiern und heute nach unserer Metropole des Ammerlandes eingeladen, um in erster Linie über die Belange der Beamtenchaft zu verhandeln und daneben auch der Festlichkeit zu pflegen. Sonnabendnachmittag hielt die Leitung des Kartells in Oetkens Bahnhofs-Hotel eine Sitzung ab, die sich mit rein geschäftlichen Angelegenheiten befaßte, und am Abend schloß sich daran ein gemütliches Beisammensein in Ventens Saal, zu dem auch die Bürgerchaft eingeladen und zahlreich erschienen war. Das Programm dafür enthielt außer mehreren Ansprachen Vorträge der Hauptkapelle Westertage, der Gesangsvereine und Vorkämpfer der Turner. — Heute vormittag bald nach 9 Uhr füllte sich der Saal von Busch's Hotel mit etwa 300 Beamteninnen und Beamten aus allen Gegenden des Landes. Der Vorsitzende des Ortskartells Westertage, Reichsbahn-Inspektor Seghorn, eröffnete und begrüßte die Versammlung, besonders die Vertreter der Berufsorganisationen, der Behörden und die Redner. Er erteilte dann zunächst Ministerial-Oberinspektor Mohrten, Oldenburg, das Wort zu einem spannenden Vortrag über Oldenburgische Beamtenangelegenheiten. Während die früheren Beamtentage sich auch mit der Vergangenheit und Zukunft zu beschäftigen hatten, ist es heute an der Zeit, in aller Offenheit von dem zu sprechen, was gegenwärtig die Beamtenchaft berührt. Es wird vielfach behauptet, die Beamten seien durch die Krise nicht betroffen worden und daher in der Lage, den Staat zu finanzieren. Man hat von den Beamtengehältern seit vorigen Herbst Abzüge gemacht, zunächst 2, dann 5 Prozent und vom 1. Juli ab wiederum erhebliche Beträge. Dazu stehen für die oldenburgischen Beamten und Lehrer von September ab weitere Kürzungen fest. Es berührt die Beamten schmerzlich, daß ein großer Teil der Bevölkerung sich ihnen immer noch feindselig gegenüberstellt. Die Tradition der Berufsbeamten ist doch Dienst am Volk zu üben. Die gewaltigen Opfer, die den Beamten zur Sicherung der Staatsfinanzen auferlegt wurden, nehmen sich um so empfindlicher aus, als anderen Bevölkerungs-Gemeinschaften aus Staatsmitteln große Zuschüsse gewährt wurden, der Landwirtschaft allein 3 bis 4 Milliarden. Redner sprach dann von den Vorgängen, die die oldenburgischen Beamten besonders betrafen. Man hat sich in Oldenburg mit drei Kürzungen noch nicht zufrieden gegeben, sondern will ausgeprochenenmaßen noch weiter droffeln. Der Finanzminister plant, den Beamten und Lehrern darüber hinaus noch weitere Gehaltsabzüge zu machen (Hört, hört!) und zwar unter Freilassung der Einkommen bis 2000 RM 4 bis 8 Prozent. Die oldenburgische Beamtenchaft verträgt aber keine Sonderbehandlung. (Sehr richtig!) Man darf behaupten, daß es dem oldenburgischen Staat nicht so schlecht geht, wenn auch die übrigen Staatsbürger sämtlich ihre Pflicht tun. (Zustimmung.) Der Landtag hat sich mit großer Mehrheit nur für die Kürzung der größeren Gehälter

ausgesprochen. Wir glauben, daß die Sonderabzüge gegen die Staatsverfassung verstoßen. Heute vormittag verhandelt das Staatsministerium, nachdem Ministerpräsident Casselmann telefonisch vom Urlaub zurückgerufen wurde, über neue Abzüge. Wenn man seitens anderer Stände immer die Eigenstaatlichkeit betont, muß man sie sich auch etwas kosten lassen. (Beifall). — In Behinderung des Direktors Winters, Berlin, eröbterte Regierungsrat Gressmühl, Hamburg, Vizepräsident der dortigen Bürgerchaft und Mitglied der Leitung des DVB, beamtenpolitische Fragen. Er zeichnete, stellenweise mit feinem Humor Feinheit auslösend, die Vorgänge in Berlin, die Verprechungen des Reichsfinanzministers gegenüber der Beamtenchaft, die Dementis, die bisweilen nach wenigen Stunden erfolgten. (Großer Beifall). — Nach einer kurzen Aussprache wurde folgende, telegraphisch an die Staatsregierung zu sendende Entschließung einstimmig angenommen: Die zum Beamtentag in Westertage am 16. August 1931 aus dem ganzen Lande Oldenburgs verammelten Reichs-, Staats-, Gemeindebeamten und Lehrer, denen die Notlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden in ihrer ganzen Schwere voll bewußt ist, erkennen die Pflicht zu Opfern zur Befriedigung der deutschen Not an. Sie sind bereit, alle Opfer zu bringen, die ihnen gerechtmäßig im Rahmen der von der Allgemeinheit zu übernehmenden Lasten zugemutet werden können. Der Beamtentag ist aber der Meinung, daß die zweimalige Gehaltskürzung bereits eine übergroße Belastung darstellt, er lehnt daher weitere Sonderopfer grundsätzlich ab. — Künftige Lasten sind auf die Schultern der Allgemeinheit zu legen und dürfen auch nicht bezüglich der Beamtenchaft für Reich, Länder und Gemeinden verschiedenartig sein. — Der Beamtentag lehnt dementsprechend die von der Oldenburger Regierung durch Notverordnung beabsichtigte Sonderkürzung der Gehälter der Landesbeamten entschieden ab und verlangt von der Landesregierung daß die Oldenburger Beamtenchaft in keiner Weise anders behandelt wird, als die Reichsbeamten behandelt werden. — Im übrigen dürfen Opfer für die Erhaltung der Selbstständigkeit des Oldenburger Staates der Oldenburger Beamtenchaft nicht in größerem Maße auferlegt werden, als anderen Berufsständen. — Die oldenburgische Beamtenchaft spricht der Bundesleitung ihr Vertrauen aus und sieht nach wie vor einmütig hinter ihr. In einem Schlusswort dankte der Vorsitzende des Landesartells, Eisenbahn-Oberinspektor Albers, Oldenburg, sowohl dem Ortskartell als auch der Bevölkerung von Westertage für die auf das Beste getroffenen Vorbereitungen zum Beamtentage bzw. die herzliche Anteilnahme, ferner allen Mitwirkenden, den Rednern und der Presse. Er betonte, daß Parteipolitik in der Organisation der Beamtenchaft nur zerplittern könnte, ermahnte zu einigem Zusammenstehen und glaubte feststellen zu dürfen, daß der nunmehr zu Ende gehende Beamtentag den ihm zugeordneten Zweck erfüllt habe.

*** Eiden.** Auf dem an der Rajung der Emden Heringsflotter liegenden Motorlogger A. E. 75 „Stettin“ ereignete sich ein folgenschwerer Unfall. Der Logger sollte festker gemacht werden, und im Maschinenraum war deshalb der dort tätige Wilhelm Bornemann damit beschäftigt, den Motor noch einmal zu überprüfen. Plötzlich gab es eine starke Detonation, und der ganze Raum war in eine Flamme gehüllt. Als die Mannschaft herbeieilte, um die Ursache zu ermitteln, sahen sie B. und seine Ehefrau, die sich auch im Raum befand, mit schweren Brandwunden am Boden liegen. Beide waren am Kopf und an den Händen, die Frau auch am Bein und der Mann schwerer an der Brust von den Flammen verbrannt worden.

Ein auf den weithin hörbaren Knall und die aus dem Raum herausquellenden Rauchschwaden sofort vom Bett aus bausam herbeigeeiltes Motorboot mit Beamten der Genspolizei nahm die Vermundeten auf und brachte sie in die Klinik von Dr. Witten. Lebensgefahr besteht nicht.

Wie hoch ist unser Geldumlauf?

Die Maßnahmen des Reiches haben ihr Ziel nicht verfehlt: Der Weg aus dem Engpaß der Zahlungsmittel-schwierigkeiten ist gebahnt, der Strom des Geldes ist wieder ins Fließen gebracht. Nun gilt es dafür Sorge zu tragen, das Vertrauen in die Zukunft unseres Wirtschaftslebens zu stärken und auf die Dauer zu festigen. Vertrauen ist der Wegbereiter jedes wirtschaftlichen Aufstiegs. Es ist daher von größter Bedeutung, daß Ruhe und Selbstbestimmtheit im deutschen Volk wiederkehren. Die völlig unbegründete Furcht vor einer Geldentwertung, die durch eingeleitete Inflationsschritte, ist abgetrieben. Was not tut, ist der Wiederkehr einer solchen Massenangst vorzubeugen.

Feste, zuverlässige Dämme — insbesondere die Organisation der Reichsbank, ihre vollständige Trennung von den Staatsfinanzen, die strengen Vorschriften über die Notenausgabe, die scharfen Bewehrungen der Diskont- und Kreditpolitik der Reichsbank — machen eine übermäßige Schwemmung der deutschen Volkswirtschaft mit Zahlungsmitteln ein für allemal unmöglich. Der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankcheinen zeigt heute wie war es auch anders zu erwarten — grundsätzlich das gewohnte Bild. Ja, er ist sogar kleiner als etwa vor ein oder zwei Jahren. Am 31. Juli 1931 belief sich der Umlauf an Reichsbanknoten auf 4,45 Milliarden Reichsmark, der an Rentenbankcheinen auf 0,42 Milliarden Reichsmark. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres betrug er 4,63 bzw. 0,44 Milliarden RM, Ende Juli 1929 4,72 bzw. 0,44 Milliarden RM.

In diesem Zusammenhang ist eine Berechnung von aktuellem Interesse, die neuerdings vom Institut für Konjunkturforschung angestellt worden ist. Es hat der Geldumlauf (Noten und Münzen) in verschiedenen Ländern der Welt jeweils auf den Kopf der Bevölkerung umgelegt. Das Stimmbild enthält bemerkenswerte Unterschiede im Geldumlauf der einzelnen Länder. Im Durchschnitt des Jahres 1929 — der Geldumlauf war damals in Deutschland höher als im Durchschnitt dieses Jahres — betrug der Umlauf an Noten und Münzen in Deutschland 93 Pf je Kopf der Bevölkerung. In anderen vergleichbaren Ländern war er wesentlich höher. In Frankreich z. B. belief er sich auf 262 RM, in der Schweiz auf 251, in den Niederlanden auf 215, in England auf 206, in den Vereinigten Staaten auf 165 RM. Diese Unterschiede sind zum Teil eine Folge der verschiedenen Zahlungsgewohnheiten in den einzelnen Ländern. In Deutschland hatte man sich durch jahrelange Übung an bargeldlosen Verkehr gewöhnt. Nicht unbedingt benötigte Gelder hielt man auf den Konten bei Banken, Sparkassen, Genossenschaften oder auf den Postsparkonten fest. Es liegt zu hoffen, daß das deutsche Volk zu diesen guten Gewohnheiten im Zahlungsverkehr wieder zurückkehrt. Damit werden nicht nur die letzten Reste der ungeliebten Preise vom Juli 1931 ausgedrückt sein; auch der Wiederkehr der Massenpanik werden unübersehbare Dämme der Vermundung und der Besonnenheit entgegengestellt sein.

Bäcker-Zwangs-Jungung Elsfleth

Betrifft: Selbstversorger

Für gelieferten guten, reinen Roggen geben wir für 1 Pfund Roggen 1 Pfund Brot.

Der Vorstand

- Einkoch-Apparate**, komplett mit Einfaß, Federn, Kochbuch, la Emaille, braun, **8.50 RM**
- Emaille-Eimer**, 28 cm, grau, **75 ¢**
- Emaille-Eimer**, 32 cm, weiß la **1.50 RM**
- Eierschneider 25 ¢**
- Schneeschlagger 25 ¢**
- Kartoffelmesser**, braun, rostfrei **25 ¢**
- Backen-Bestecke**, 6 Messer und 6 Gabeln, braunes Hest **4.50 RM**
- Backen-Bestecke**, 6 Messer u. 6 Gabeln, Ebenholz **5 RM**

Kaufhaus Kunkel

Jeden Dienstag u. Freitag

frische Seefische

Vorbestellung erwünscht.

Jeden Tag

frische Räucherwaren

F. Damberger, Fernruf 37

Freie Volksbühne

Es handelt sich darum festzustellen, ob die Volksbühne wieder auf eine ausreichende Anzahl Mitglieder rechnen kann. Ich bitte um schleunige Einzeichnung in die Peterstraße 22 aufstehende Liste. Bedingungen wie sonst.

Waechter

Von heute ab verkaufe ich

Prima Lammfleisch

à Pfund 80 ¢

Kruse Steinstraße 37

Laße Freitag eine

Prima fette Quene

ausbauen, à Pfund 80 bis 90 ¢. Bitte um vorherige Bestellung, auch bei Schlachter Kruse, Steinstr.

FRANZ MEINERS, OBERPEGE

Gegen üblen Mundgeruch

„Ich will nicht verschämen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur keine, welche Zähne bleibe, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihre Chlorodont auf alle empfehlen.“ G. E. W. Mainz. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 30 Pf., und weise jeden Versuch dafür zurück.

Empfehle zu Freitag frische Seefische

Bestellungen bis Mittwoch erbeten.

Täglich frische Räucherwaren und Marinaden

A. Passarge

Motorboot „Else“

fährt Mittwoch, 19. Aug. zum Militärkonzert nach Vegesack

Abfahrt ab 8 Uhr, Rückkehr von Vegesack 7 Uhr.

Fahrtpreis: Hin und zurück 1 RM, Kinder die Hälfte.

Eintritt zum Konzert frei.

Früh Haferkamp



Mittwoch, den 19. August

Mitglieder-Versammlung

Verschiedene Punkte

Der Vorstand

BIRNEN

H. Lohmüller, Weyerstraße 21

Bestellungen bis Mittwoch erbeten.

Täglich frische Räucherwaren und Marinaden

A. Passarge

Motorboot „Else“

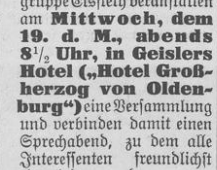
fährt Mittwoch, 19. Aug. zum Militärkonzert nach Vegesack

Abfahrt ab 8 Uhr, Rückkehr von Vegesack 7 Uhr.

Fahrtpreis: Hin und zurück 1 RM, Kinder die Hälfte.

Eintritt zum Konzert frei.

Früh Haferkamp



Mittwoch, den 19. August

Mitglieder-Versammlung

Verschiedene Punkte

Der Vorstand

SARRASANI 1931!

„Sarrasani von 1929“, das war vor 2 Jahren ein unvergessliches Erlebnis für Oldenburg, als Sarrasani in dieser Gegend gastierte

„Sarrasani von 1931“ — das ist noch unendlich vielmehr ein schlechthin gigantisches Unternehmen, ein gigantisches Programm!

Ein Abend bei Sarrasani — das heißt:

4 Stunden eine Reise um die Welt, ein Stelldichein mit Menschen aller Nationen, mit Tieren aller Erdteile

4 Stunden den Genuss der besten zirzensischen Darbietungen: Glanzleistungen der Artistik, Glanzleistungen der Tierdressur

4 Stunden Anschauungsunterricht, Unterhaltung, Theater des Volkes

4 Stunden atemberaubendes Programm, Sensationen aus allen Kontinenten, eingefangen in das Scheinwerferlicht von Sarrasanis Riesenmanege

4 Stunden nicht zur Besinnung kommen das ist

SARRASANI

in OLDENBURG

Platz am Rummelweg

vom 20. bis 24. August!